

# Staats-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Staats-Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag und Mittwoch. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 2.00 Reichsmark, das halbjährliche 10.00 Reichsmark, das vierteljährliche 5.00 Reichsmark, das dreimonatliche 3.00 Reichsmark, das monatliche 1.00 Reichsmark. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Anzeigenpreise sind in dem Preis inbegriffen. Die Anzeigen werden nach demselben Tarif berechnet, der in der „Staats-Zeitung“ veröffentlicht ist.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichstag, der am Dienstag nach Berlin zurückkehrte, hat für Mittwoch die Parteiführer zu Besprechungen geladen. Gegenstand der Aussprache sind die Parteiführer die Fortschrittsbewegung und die Duellfrage. Über den deutsch-russischen Vertrag wird in den nächsten Tagen der Reichstag durch den Reichstag persönlich Informationen den Reichstagsabgeordneten geben.

Die Besprechungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten in der Frage des Rüstungsabkommens sind am Mittwoch vertagt worden. Sämtliche führenden sozialistischen Parteiführer eine allgemeine Beurteilung zuzulassen, ist mit einer glatten Annahme des Kompromisses durch die Sozialdemokraten nicht zu rechnen, die Partei stellt eine Reihe von Forderungen über deren Annahme sich die Regierungsparteien schuldig zu machen haben werden.

Die Reichseinnahmen im Monat März 1926 betragen aus Steuern und Verbrauchssteuern 270,6 Mill. RM, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben 172,2 Mill. RM, und abgerundet im ganzen 442,8 Mill. RM. Für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926, also für das ganze Finanzjahr, belaufen sich die Einnahmen auf 4822,4 bzw. 1922,8, im ganzen 6856,1 Mill. Reichsmark gegenüber dem Vorschlag von 6770,5 Mill. RM.

Aus dem besetzten Gebiet wird gemeldet, daß in der ersten Hälfte des April 1926 die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Besatzungsmächten nur etwa drei Wochen ist eine Antwort in Berlin noch nicht eingegangen.

Gegenwärtig wird in der UdSSR die Gründung einer jüdischen Volksgemeinschaft vorbereitet, die auf der Grundlage der bestehenden jüdischen Bürgerlichen Parteien die bedeutendste Bevölkerung zusammenfassen soll. Das wäre ein wichtiger Schritt zur erfolgreichen Beteiligung der jüdischen Interessen.

Im englischen Unterhaus wurde die Ansprache über die Sparmaßnahmen der Regierung fortgesetzt. Mac Donald wird als Führer der Oppositionspartei am Donnerstag bei der dritten Lesung den Angriff gegen die Vorlage eröffnen. Dieser im englischen Parlament seitens Hall bedeutet auf die letzte Gegenüberstellung, die in den Kreisen der Arbeiterpartei und der Liberalen gegen das Gesetz besteht. — Sonntags, das auch in England die demokratische und die sozialistische Partei gegen Sparmaßnahmen sind.

In Kalkutta, der Hauptstadt Britisch-Indiens, sind rund 35 000 Arbeiter, die in Zuckerrüben beschäftigt sind, in den Streik getreten, um gegen die geplante Herabsetzung der Löhne zu protestieren.

In der holländisch-indischen Kolonie Sumatra sind nach einer Mitteilung eine Abteilung Polizeibeamten von Eingeborenen überfallen. Die Angreifer mußten unter Zurücklassung von neun Toten flüchten. Auf holländischer Seite wurden drei Soldaten schwer, ein Offizier und zwei Soldaten leicht verletzt.

Nach einer Mitteilung aus Peking fordern Lichang und seine Generale die sofortige Abberufung des Kommandanten der chinesischen Truppen, die in der Provinz Kwantung stationiert sind. Der Kommandant der Truppen, die in der Provinz Kwantung stationiert sind, soll die Provinz verlassen, da er die Provinz nicht zu verlassen verweigert.

Der General Duppel hat nach Peking eine Depesche geschickt, in der er die Friedensverhandlungen gutheiße, aber weiter erklärt. Der Berater Feng Zu Chang schiebt mit ausländischer Unterstützung Komplote, um wieder Einfluss zu erlangen. Peking ist der Herz des Bolschewismus. Seine Aufgabe wird nicht erledigt sein, bevor nicht alle Bolschewisten ausgerottet sind.

Die Kopenhagener „Nationalisten“ melden aus Moskau, daß die Verhandlungen zwischen den Bolschewisten und den Sozialdemokraten am Sonnabend den Generalstreik. Sowohl in Leningrad wie in Moskau Kommando ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, während in Moskau Ruhe herrscht, weil dort zwei rote Truppen stehen.

Generalstreik im Reich der Diktatur des Reichspräsidenten. Da werden selbst die Blinden lebend, das dort noch Diktatur aber nicht des Reichspräsidenten herrscht.

## Der deutsch-russische Vertrag und die Entente

### Antliche Erklärung Englands.

Wie die Londoner „Times“ mitteilt, hat der englische Außenminister Chamberlain in Berlin durch die britische Botschaft und ebenso durch den Londoner deutschen Botschafter Sibamer wissen lassen, daß die Ansicht des „Foreign Office“ über den vorgeschlagenen deutsch-russischen Vertrag nicht ungunstig ist. Die Tatsache, daß Deutschland die anderen Vertragsmächte von der bevorstehenden Unterzeichnung unterrichtet habe, wird begrüßt und die Lieberzeugung ausgedrückt, daß, wenn der volle Text des neuen Vertrages veröffentlicht ist, sich die Bevölkerung befähigen würde, die bereits in Berlin gegeben, daß der neue Vertrag in den Rahmen der Locarno-Abmachung eingepaßt sei und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht verhindert werde.

Diese Ansicht der britischen Regierung ist den anderen Unterzeichnern des Locarno-Vertrages auf dem gegenwärtigen diplomatischen Wege ebenfalls mitgeteilt worden.

Befriedigt meldet der Londoner „Observer“ mit folgendem, sehr interessantem Zusatz: „Die Klauseln des neuen deutsch-russischen Vertrages bezüglich der Art. 16 und 17 der Völkerbundscharte sind so sorgfältig formuliert, daß sie jede Möglichkeit eines Widerspruches mit den Bestimmungen des Völkerbundes beseitigen.“

Die sich aus der Völkerbundscharte über dem Locarno-Vertrag ergeben, ausbleiben.

Die fiktive Verbindung zwischen dem Locarno-Vertrag und den Engländern als gegen Russland gerichtet gedacht sind. Denn durch den deutschen Vertrag mit Russland können doch nur deutsche Völkerbundsverpflichtungen bezüglich Russlands berührt werden. Es ist bringend notwendig, daß nun endlich einmal von deutscher Regierungseite geklärt wird, welche Verpflichtungen gegen Russland der Eintritt in den Völkerbund eigentlich für uns bringt. Die jetzige Unklarheit und das Herumgehen um den

heißten drei kann so nicht weitergehen, denn es handelt sich hier nicht um Kleinigkeiten, sondern um Krieg oder Frieden für unser Volk.

### Merkwürdige Aeußerung Chamberlains.

Chamberlain sagte über den deutsch-russischen Vertrag im konservativen Wahlklub der Großstadt London: „Kleinmütig kann ich nur sagen, der Vertrag bedeutet für uns nach den Tagen der herzlichen Annäherung in Locarno eine Lieberzeugung. Das Wort Enttäuschung möchte ich nicht sagen, denn das würde eine unzulässige Beurteilung des deutschen Vorgehens sein. Ich glaube aber, der Bolschewismus ist für England nie schändlich.“

Das: „Ich glaube“ ist besonders zu beachten, denn damit ist der Gedanke an ein Bündnis Englands mit Russland angedeutet und nicht völlig von der Hand gewiesen, und es beweist, daß Chamberlain die Möglichkeit einer möglichen Umstellung der englischen Außenpolitik zum mindesten prüft. Daß er diese ungeheuer folgenschwerere Möglichkeit näher ausführt, kann von dem Leiter des englischen Weltrechtes wirklich nicht verlangt werden. Aber man denke daran, daß jedoch der weitere englische konservativen Abgeordneten „zu Studienreisen“ nach Paris und Lizenzen und fischer mit Willen und Willen Chamberlains!

Man wird dieser Möglichkeit eines Umkehrmarsches der englischen Außenpolitik, der ein Abweichen von Frankreich kein Laute in Deutschland ist, den nach Verhandlung mit den Franzosen, das eines Tages zu einer Gegenpartei gegen England führen und uns mit unserem Erbfeind Frankreich in Kleinasien isoliert lassen könnte.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Krasnodar, „Sowjetland“ und „Bravda“ schreiben, daß der Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion angenommen worden ist. Zweck des Vertrages ist für Russland die Sicherung vor einer Völkerbundaktion vom Westen her.

## Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

### Scharfer Protest Amerikas.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man mit einer neuen Verschiebung der Abrüstungskonferenz. Die aus Paris und London vorliegenden Regierungsvorschläge sprechen von der Annahme eines dahingehenden Antrags Paul-Boncourts, des Sozialdemokraten und großen Polenfreundes, Frankreichs ersten Delegierten in der Vorkommission. Laut Londoner „Times“ hält Frankreich daran fest, daß bei der Abrüstung auch die industriellen Kräfte eines Landes zu berücksichtigen seien, so daß Frankreich, das industriell schwächer als Deutschland ist, eine größere Streemacht behalten müsse.

Diese Auffassung kößt besonders in Amerika auf härtesten Widerstand, und zwar einmal, weil man denn eines Tages auch dazu käme, eine Beschränkung der Rüstungen dieses industriell stärksten Landes zu fordern, worauf das nur bezüglich der europäischen Staaten untereinander passivität eingestelltes Amerika nicht einstimmen wird; und zweitens, weil man ganz mit Recht Frankreichs Forderung als bloßen Vorwand zur Verhinderung der Abrüstung ansieht. Wie wenig überlegen die Franzosen auch um andere Vorwände verfügen sind, ergibt sich aus den Erklärungen des angeblichen Friedensfreundes Paul-Boncour in Paris. „Journal“.

Sollen wir keinen Sitz im Völkerbundrat erhalten,

und diese Angelegenheit müsse im September geklärt werden. Polen verdient den Sitz nach seiner unermesslichen Arbeit, die darin besteht, drei Ratten zu verjagen (!!). Paul-Boncour sagt weiter, daß sich nicht mehr am Rhein, sondern in Polen die Zukunft der Geschichte des neuen Europa entscheiden werde. In Alttanen sei die Situation gespalten. Die Beschlüsse seien vergiftet. Alttanen verlange Wina und erkenne die gegenwärtige Grenze nicht an, daß sie die Frage nicht unklar.

Russland habe eine wirtschaftliche Gefahr dar.

An der polnisch-russischen Grenze habe man den Eindruck, daß ein Funken den Brand entfachen könne. Auf beiden Seiten länden die Gegner Gewalt bei Fuß. Seit einem Jahr sei die Front zwar ruhig, aber

ein kleiner Zwischenfall ohne den Krieg herbeiführen.

Man müsse sich nur Augen halten, welche Bedeutung die polnisch-russische Grenze habe, wenn die Frage der Abrüstung erörtert werden solle. In Polen sei der Gegensatz der Rassen und Religionen ungeheuerlich. Es dürften Generationen vergehen, bis alles das verschmolzen sein werde. Aber Polen habe Vertrauen auf Frankreich, das ihm helfen werde. Frankreich werde Polen trenn bleiben nicht nur aus Gefühlsgründen, sondern im Interesse des europäischen Friedens.

### Eine amerikanische Note.

Frankreichs Militärisches ruiniert aber das europäische Gefühl Amerikas, da die europäischen Militärischen ihr Geld für Feuerassurances verkaufen, die sie selbst, aber nicht Amerika liefert, und da sie infolge dessen weniger kostbare Waren von Amerika kaufen können. Das, daß den Herren in New York und Washington zuzuschreiben nicht und so haben sie gegen die von Frankreich angelegte Abrüstungskonferenz, energigsten Protest eingelegt. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet darüber aus diplomatischen Kreisen:

Wenn die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz nicht verschoben werden, so sei dies allein dem Eingriff der Regierung Staaten zuzuschreiben. Denn auf dem Kontinent sei man allgemein für die Verschlebung der Vorbereitungen um sechs Monate gewillt, und zwar einschließlich einem Teile der Angelegenheiten des Völkerbundes. Da aber keine europäische Macht es wagt, offen gegen die Wünsche Amerikas zu handeln, so habe man die Handlungen vorgeschoben.

Der amerikanische Botschafter in London habe darum die Vereinigten Staaten anzuhalten, energigsten, indem er den Wunsch ausdrucke, daß von Washington aus sofort Einspruch eingelegt werden solle, was in einem ungenügenden Maß zu geschehen sei. In dieser Note werde erklärt, daß der vom gemäßigten europäischen Rüstungen als Kompromißplan, die Delegierten sollten am 12. Mai die Frage einer Kommission überweisen, als unannehmbar von den Vereinigten Staaten zurückgewiesen

werden müsse. Diese Mitteilung sei der britischen, der französischen und auch anderen Regierungen auf dem gegenwärtigen Wege zugegangen und vermuthlich habe der Völkerbund ebenfalls eine solche Erklärung bekommen. Die Erklärung sei, wie gesagt, außerordentlich deutlich gewesen.

In Genf wird behauptet, daß Amerika sich günstig von den Abrüstungsverhandlungen zurückziehen werde. Die Erklärung der französischen Regierung, daß Frankreich nicht beabsichtigt, einen Vertragsantrag zu stellen, sei auf Betreiben der Vereinigten Staaten zurückzuführen. Unter diesen Umständen werde es der Fortsetzung schwer fallen, eine Diskussion der Fragen und Probleme zu eröffnen.

## Sib's ja gar nicht!

### Was? was? den Faschismus.

Ich kann die heutige demokratische Mode und Gefühlsausdrücke nicht vertragen, die immer nur die Massen zieht und die „Richtungen“ oder „Bewegungen“ (sozialistische, kommunistische, nationale usw.), aber nicht die Männer, die solche Bewegungen und Richtungen erst schaffen und bestimmen. Mache ich überhaupt nichts, ist ein Sammelbegriff für einen Haufen Menschen, die lediglich Bedürfnisse und antare Wünsche, aber keine Ziele und keine Richtungen haben, solange nicht Männer kommen, die ihrer Hilflosigkeit Ziel und Richtung geben.

Deshalb ist es eine Schar, von dem Kommunismus als dem Schöpfer des heutigen Russland, hat von Lenin, Trotski und anderen behauptet, daß sie die Ursache der heutigen Lage sind.

Die fiktive Verbindung zwischen dem Locarno-Vertrag und den Engländern als gegen Russland gerichtet gedacht sind. Denn durch den deutschen Vertrag mit Russland können doch nur deutsche Völkerbundsverpflichtungen bezüglich Russlands berührt werden. Es ist bringend notwendig, daß nun endlich einmal von deutscher Regierungseite geklärt wird, welche Verpflichtungen gegen Russland der Eintritt in den Völkerbund eigentlich für uns bringt. Die jetzige Unklarheit und das Herumgehen um den

Denk dir vom Faschismus einmal all das Geschwafel weg, das unsere rebeidliche Zeit um den Faschismus macht; was bleibt über? Mussolini bleibt über. Weiter gar nichts. Was ist das für Faschismus? Ein Kerl, ein Mann von Form (wie man gestern sagte), ein Adler (wie man heute sagt), der sich zum Weinhändler eines Volkes und Geistes aufgeschwungen hat.

Das ist natürlich etwas besonders, denn das bringt nicht jeder zustande. Aber es ist insofern durchaus nichts besonderes, als es so etwas in der weltanschaulichen Weltgeschichte Dubende noch Malen gegeben hat. Napoleon oder Julius Caesar, um gleich zwei ganz Bekannte und ganz Große zu nennen, haben genau das gleiche (und noch etwas mehr!) getan.

Was die Leute da vom Faschismus reden, ist alles Unfuss. Was ist denn Faschismus anders, als ein laeres Wort, aus dem Requisitionskontroll unserer heutigen demokratischen Begriffe und Ausdrucksweisen entnommen, die ganz zu Unrecht davon ausgehen, daß bei allem heutigen politischen Geschehen immer das Volk, die Mehrheit, die Masse oder die Gasse die Hauptrolle oder der Hauptfaktor, der eigentlich Handlung sei.

Reich dich einmal heraus aus der heutigen Mode, aus der Begriffsvermischung der Demokratie. Stelle dir vor: das was Mussolini getan hat und tut, wäre nicht in unserem „geplanten“ 20. Jahrhundert, sondern vor 125 Jahren zu Napoleons Zeit oder lieber gleich vor einigen tausend Jahren zur Zeit Tutankamons und der Pyramiden gechehen: Ein Volk hat einen schwächeren Krieg hinter sich, und vor sich eine schwere Wirtschaftskrise, die zu ersten inneren Gefahren führt — die offizielle Regierung ist planlos und unentschlossen — da reißt ein genialer Kerl die Massen zusammen, marschiert in die Hauptstadt, schiebt die offizielle Regierung beiseite auf einen harmlos repräsentativen Posten als eine Art Großstempelhalter der Idee Monarchie und macht sich selbst zum Weinhändler.

Was das irgendwem etwas Neues? Durcheinander nicht, sondern wie der selbige Ben Affio sagte: „Nies schon begreifen.“ Es haben es nämlich — ganz genau so — von jeder alle Thronerben gemacht, nur haben sie meistens den bisherigen Herrscher nicht nur politisch, sondern zugleich auch körperlich getötet, was aber für die Tatsache, daß sie nun die Weinhändler sind, gar nichts ausmacht.

Natürlich kann das so ein „Adler“ nicht ganz allein machen; er braucht Handlanger dazu. Und natürlich müssen diese Handlanger für ihn bestreiten, an ihn glauben. Aber wenn einer nur

Beständige...  
in Bruch...  
e. Hol...  
e. Wir...  
st prüfen...  
rie...  
ell...  
wic...

der Zeit danach, wenn einer ein echter Kaiser und Selbstherr ist, dann folgt der allen Völkern und allen Zeiten innewohnende Trieb zur „Selbsterziehung“...

Und der Faschismus? Faschismus ist weiter gar nichts als ein neuer „Sonnenschein“, ein neues Wort für das gute alte Wort Selbsterziehung...

Oder ist etwa der Faschismus irgend etwas besonderes, überhaupt irgend etwas, außer und ohne Mussolini? Die ungeliebte Wit Gibbon hätte nur um 4 oder 5 ein besserer Zeitalter, dann hätte alle Welt gemerkt, dass der Faschismus nichts ist als eine schöne bunte Seifenblase...

Zahlen wir doch endlich das Gerbe des Faschismus. Er ist der Sonnenschein, der von der Sonne Mussolini ausgeht. Und wenn man die Selbsterziehung des italienischen Volkes für Mussolini durchaus mit einem besonderen Wort bezeichnen will, so mag man meinewegen statt des guten alten Wortes Sonnenheilig „Solunismus“ und statt der heutigen italienischen Selbsterziehung „Mussolinismus“ sagen.

„Und der Faschismus in Frankreich, in England, in Deutschland? — Selbsterziehung, die ihren Namen sucht.“

„Desfalls leer und verächtlich? Keineswegs. Denn alle Größe und Bedeutung, was je in der Welt geschah, ist von großen Männern, von „Selben“ geschaffen. Und ihnen und der Schicksalsgewalt, die sie treibt und in ihnen waltet, in Verachtung zu ziehen, ist der bescheidene aber stolze Trieb der Selbsterziehung, die ihren Namen sucht zu überwinden, wo es um das Schicksal des Ganzen, des Volkes geht.“

Dr. E. E. S.

Begegnung der französischen Devisionen - Spekulation.

Die französische Regierung hat beschlossen, neue Maßnahmen gegen die Devisionenspekulation zu ergreifen. Nach dem bisherigen Verfahren ist sich um ein Gesetz handeln, das demnächst dem Parlament zugehen wird.

Die Friedensverhandlungen mit Abd el Krim.

Zu den in Adisaba eröffneten französisch-italienischen Friedensverhandlungen mit Abd el Krim wird aus Paris gemeldet: Gestern hat Brinca eine Besprechung mit dem Kriegsminister Painlevé, dem Generalobersten von Maras, Cavig und Maréchal Bataille. Der Kriegsminister erklärte beim Besuchen des Quai d'Orsay: Wir haben auf die Fortsetzung der Verhandlungen getroffenen Anordnungen sind jedoch nicht abgeändert worden.

Die Luftfahrtverhandlungen.

Nachdem die Verhandlung der deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen in Paris fortgesetzt wurde, sind die Verhandlungen in London wiederholt aus französischen Quellen Nachrichten, die augenscheinlich die öffentliche Meinung irreführen sollen. Bekanntlich ist von den beiden Delegationen die Vertraulichkeit für die Verhandlungen vereinbart worden. Neuerdings wird berichtet, daß die Franzosen mit den deutschen Vertretern im Prinzip ein Abkommen getroffen hätten, wonach die französischen Flugzeuge das deutsche Gebiet überfliegen dürfen und als Gegenleistung die Franzosen Deutschland das Recht gewähren, das besetzte Gebiet zu überfliegen.

Deutschland würde bereit sein. Aber Frankreich offenbar nicht, denn davon käme die vorstehende Auslösung, aus würden anderfalls die Verhandlungen längst erfolgreich abgeschlossen sein. Richtiger wäre es gewesen, wenn die unbillige Forderung der Franzosen in der halbamtlichen Mitteilung offen herorgehoben wäre; denn warum perschwieg man nur immer dem deutschen Volk, daß die angeblich so vorfertigungsbereiten Franzosen in der Praxis von der Gleichberechtigung der Luftfahrt ausgeschlossen sind?

Preussischer Justizhaushalt.

Annahme wichtiger Anträge. Im Hauptausgang des Preussischen Budgets wurde eine große Reihe von Anträgen angenommen, darunter mit schwacher Mehrheit auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vorsehung eines Gesehwurdes, der die Bestimmung außer Kraft setzen soll, wonach die Altersgrenze für Richter von 68. auf 65. Lebensjahre herabgesetzt ist.

Angenommen wurde der demokratische Antrag zur Erhöhung der Vergütung für Schöffen und Geschworene. Ferner sollen für den Senat der Provinz IV. für Volksrichter geschaffen werden und die Senate der Oberlandesgerichte wieder mit fünf Richtern besetzt werden.

Weiter wurde angenommen ein sozialdemokratischer Antrag, dahin zu wirken, daß in Arbeitslosenprojekten, in denen der Gegenstand der Beilegung die Behauptung nicht erwirkt, welcher Lohnes bildet, der Verdienst nach seiner Wahl gegen den Alter nach des Strafverfahrens ein obliques Feststellungsverfahren einleiten kann, dessen Durchführung durch Anweisung und Strafausschließungsgründe nicht vereitelt wird.

Volkenscheid über die Fürstentümer Ende Juni.

Wie aus Breslau gemeldet wird, beehrte Reichspräsident Ebert (Soz.) in einer Bezirksverammlung seines Breslauer Wahlkreises am Sonntag die Fürstentümern als das innerlich wichtigste Problem. Für den Ende Juni zu erwartenden Volkenscheid händen nach genügend Rekruten zur Verfügung. Am Mittwoch sollte er als Regierungsvorlage vorzukommen. Sollte das nicht der Fall sein, so werde er als Reichstagspräsident sich bei der Regierung für eine beschleunigte Vorlage einlehen. Unter allgemeiner Bewegung teilte Ebert mit, daß man im Kreise der Reichsregierung an der Aufhebung der Fürstentümer, die im Gegensatz eines neuen Volkenscheidens gemacht werden sollten, daran gearbeitet habe, durch eine Verfassungsänderung die Bestimmungen für das Volkenscheiden zu verschieben.

Innenpolitische Absichten der Regierung.

Eine Rede des Ministers des Innern Dr. Brügel. Der Reichsminister des Innern Dr. Brügel hielt heute in Götting eine Rede, in der u. a. erklärte: In der Innenpolitik spiele gegenwärtig eine bedeutsame Rolle die Frage der Fürstentümern.

Man dürfe dabei nicht verkennen, daß in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle eine entscheidende Auseinandersetzung bereits erfolgt sei. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volkempfinden und den Grundrissen der Reichsverfassung entsprechendes Gesetz im Reichstagsauschuss zu bringen. Heute sei vorläufige Absichten. Immer die primäre; die plebiszitäre Entscheidung durch Volkenscheid müsse immer die sekundäre bleiben.

Eine Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als Notwendigkeit empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems lägen klar zutage; sie beständen in der Engherzigkeit der Wahlkreise zwischen Wählern und Abgeordneten und in der zum Teil ganz unrepresentativen Form der Wahl, wie sie vor allem in den Reichstagen vertritt sei.

Das Reichstagsgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen der Bevölkerung dringend gefordert, um die Umruhe zu bannen, die in der Entwicklung des Volkenscheidens eingetreten sei, und um die Voraussetzungen für einen weiteren geschunden Aufstieg anderer Volkenscheidens zu schaffen.

Die Reichspräsidenten zu schaffen. Beide Gelehrte militär mit besonderer Befähigung und unter Ausnutzung der Lehren der Bergangehen, aber auch mit dem Nachdruck betrieben werden, der über Bebauung zutomme. Es sei möglich, darüber zu ordnen, ob die Regierung mehr nach rechts oder mehr nach links neige. Sie gebe ihren Weg geradeaus in der Richtung, die sie durch das Wohl des Vaterlandes für geboten halte, und Unverschiedenheit bei ihrer praktischen Arbeit sei ihr von gleichem Werte, ob sie nach rechts oder ob sie nach links neige. Die moralische Kraft einer Regierung liege nicht in der reinen Ziffer der hinter ihr stehenden Parteien, sondern in dem Willen zur positiven und praktischen Arbeit für das Wohl von Volk und Vaterland, und von diesem Standpunkt aus fühle er sich durchaus nicht als Minister einer schwachen, sondern einer starken Regierung.

Der Reichspostminister über Berufsbeamte.

Reichspostminister Dr. Stinng eröffnete gestern in der Berliner Universität die 6. Post- und Telegraphenwissenschaftliche Woche. Er begrüßte die große Zahl der erschienenen deutschen und ausländischen Berufsbeamten aller Grade. In der zahlreichen Teilnahme aller Beamtengrade zeige sich das Entzücken des erforderlichen Gemeinschaftsgeistes. Der Minister betonte sich als Anhänger des Berufsbeamtenstandes, das aber voll auf der Höhe seiner Zeit stehen müßte.

Der Berufsbeamte dürfe sich nicht in enger Auffassung seines Standes am Volke absondern wollen. Er müsse seine Kräfte uneingeschränkt in den Dienst des Volkes stellen. Die alten Vorrechte des Berufsbeamten, wie geschützter Besoldung und Beförderung wegen der Beamten heilige Pflichten im Sinne einer Förderung des Volkswohls auf. Die Post sei mit ihrem Personal von über 300 000 Köpfen dazu berufen Förderung und Wohlbefinden zu sein für ein neuzeitliches Berufsbeamtenamt.

Eigener Flugzeugpark der Reichspost.

Der Reichspostminister Dr. Stinng beschloß, sobald es die finanziellen Verhältnisse erlauben, einen eigenen Flugzeugpark anzuschaffen. Die Flugzeuge der Post sollen nicht etwa eine Konkurrenz der privaten Luftfahrt darstellen, sondern ausschließlich die Aufgabe haben, die Ueberbringer nach den Abgangspunkten und von den Einlaufpunkten zu beschaffen, so daß diese Post auf dem allerhöchsten und kürzesten Wege befördert wird. Als wichtigste Stationen kommen in Betracht: Triest, Genoa, Marseille, Hamburg und Bremen. Mit diesen Flugzeugen der Reichspost könne der Schnellverkehr selbst Berlin zu wollen, sei nicht absehbar; es seien nur kontinentale Großstädte in diesem neuen Aufgabebereich der Reichspost in Aussicht genommen.

Das Getränk der Millionen: KATHREINERS MALZKAFFEE. Ihre Gesundheit mocht's!

Das Mädel am Kahentisch.

Roman von Karlheinz Winkler. Nachdruckrecht bei August Scherl, 3. u. 6. Berlin, 10. Friedrichsplatz. (Nachdruck verboten.)

„Ich war ja mit und schwand von dem Sturm der Gedanken. Es gab keinen Ankerpunkt mehr; nun er wurde und die Arbeit, welche hatte, mußte er wenigstens über die Arbeit hinweg gewinnen. Rein, noch am Abend — gleich jetzt — suchte er sie in ihrer Wohnung auf.“

„Rudi brachte die Abendpost; der Brief war eingetroffen. In dem Briefkasten. Da war auch einer von dem Herrgänger Briefmännchen mit dem Posthornlein der kleinen Kreisstadt über den östlichen Gul. Aber die Schrift darauf konnte er nicht. Als er das Raster und drehte, las er den Absender: Rudi Wille.“

Jörg schriebe den Brief auf den Tisch. Rein war darüber, wie die Briefe hergekommen. Rein war über etwas von „da“ dorthin gefahren? Und warum? Zu welchem Zweck? Und warum schrieb ihm sein Vetter ein Wort der Aufforderung? Warum klopften Vater und Mutter?“

Seine Erregung wogerte sich immer mehr. Er nahm den Brief wieder vor, und mit dem geübten Blick des Graphologen erkannte er den klaren, unbedingten Charakter des jungen Wärfers aus ihren Schreibern. Treue, Zuverlässigkeit, Hingebung bis zur Aufopferung darin. Rein, von selbst war Rudi Wille keinesfalls nach Herbergen gefahren — das hätte ihrem Charakter vollkommen widersprochen. Was mußte sie geholt haben. Aber warum? Entschlossen sprach Jörg auf. Das war eine unumdeutliche Quere. Er mußte selbst hören und leben.“

„Rudi! er! „Vaden! In zwei Stunden geht der Abendzug. Ich will nach Hause.“

geworden. Rein, er blieb allein auf und wartete auf das Bescheid. „Nun schlag dich die Schwärzwalder ihr mit ihrem Können, bunten Klang halb mobil und natürlich, wie es ihm als alten Soldaten, gesiemte, offene Zug von Karin als Partypärchen zur Seite und trat in die Halle. Sein Vater kam gerade aus dem Eszimmer.“

„Rudi Gott, Vater! — Niemand weiter noch?“ fragte er verwundert. „Nein, mein Junge, mußt schon mit mir vorlieb nehmen. Es weiß niemand, daß du kommst.“

„Ich hatte doch aber telegraphiert.“ „Weiß ich hier.“ Dabei sah der alte Herr ein gerührtes Papier aus der Tasche. „Nun sieh dich man echt gemütlich aus, dann kriegste du heute hier oder 'ne Straße W in und 'ne Schinkenfeier. Und dann setzen wir uns gegen Schinkenfeier in die Ecke und rauchen ein paar Zigarren. Das Weiswohl lassen wir schlafen. Das' dich lange genug nicht hier gehst, und den ersten Abend, den ich dich nicht los.“

„Vom Auswärtigen Amt.“ Jörg wurde ungelänglich. „Ich will dich doch nicht wie ein Schulmeister ausfragen.“ So erwiderte doch. „Der alte Herr sagte erst einmal, überlegte und sagte dann dazu zusammen: „Ich hab' das Mädel ferngelenkelt, als sie mich durch das Rohrtricht der Auswärtigen Amtes zu Geheimrat Nordens führte. Hast du nichts an ihr bemerkt? Rein? Nun, ich habe es gleich gemerkt und die Mutter auch.“

„Rudolph-Lucie-Statue, die von dem Bildhauer Wille ist — das ist doch ihr Ebenbild. Ja, ja, siehst du, da hab' ich ihr davon erzählt; aber wir können dann durch den Geheimrat zu stellen auseinander. Und dann hab' ich sie auf dem Bohemolienpark wieder getroffen, als beim famöse Lucie sie aus deiner Wohnung gelacht hatte. Tat mir in der Seele leid, das arme Ding. Und da hab' ich ihr gesagt, sie soll mitkommen nach Herbergen und sich die Statue anschauen — fähste eine gewisse Verpflichtung — demerwegen.“

„Jörgs Gesicht war beherzigt; er zeigte nicht, was er empfand. „Du hast also — alles gewußt — als du es mir kamm? Und bist — absichtlich — gekommen.“